

MEDIENKONFERENZ VOM 13. JUNI 2016

Regula Bühlmann, Zentralsekretärin

Lohnkontrollen: jetzt erst recht!

1991 haben die Frauen schweizweit gestreikt: Seit 10 Jahren versprach ihnen die Bundesverfassung Schutz vor Diskriminierung, insbesondere bei den Löhnen. Doch umgesetzt war dieser nicht. Der Streik hatte Erfolg: Seit 1996 haben wir ein Gleichstellungsgesetz (GIG), das Diskriminierungen im Erwerbsleben aufgrund des Geschlechts klar verbietet. Allerdings war auch dieses Gesetz letztendlich ein Kompromiss und bietet nicht genügend Schutz vor Diskriminierung. Die durchschnittliche Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern hat sich seither langsam verringert von einem guten Viertel (1998) auf ca. einen Fünftel. Etwa die Hälfte des Unterschieds ist wohl diskriminierend – immer noch.

Freiwillige Massnahmen zur Eliminierung der Lohnungleichheit haben nicht gefruchtet: Der sozialpartnerschaftliche resp. tripartite Lohngleichheitsdialog ist im Februar 2014 beendet worden. 100 Unternehmen – so das gemeinsam formulierte Ziel – hätten teilnehmen sollen. Erreicht wurde in etwa die Hälfte – in fünf Jahren.

So haben wir Frauen halt wieder demonstriert. Am 7. März 2015 haben 12'000 Personen auf dem Bundesplatz lautstark griffige Massnahmen gegen die anhaltende Lohndiskriminierung gefordert. Dabei hat sich gezeigt, dass das Anliegen breit abgestützt ist: Neben Gewerkschafterinnen waren Demonstrantinnen bis weit ins bürgerliche Lager zu sehen.

Auf diesen Druck hat der Bundesrat reagiert. Letztes Jahr hat er endlich einen Vorschlag zur dringend nötigen Revision des Gleichstellungsgesetzes gebracht. Die darin vorgesehenen Massnahmen sind allerdings harmlos, um nicht zu sagen zahnlos. Die SGB-Gewerkschaften fordern weitergehende Massnahmen. Die Verantwortung für die Umsetzung darf nicht bei den Einzelbetrieben sein. Vielmehr muss der Bund diese übernehmen und die Gewerkschaften angemessen einbeziehen.

Doch FDP und SVP wehren sich auch gegen die harmlosesten Massnahmen. Nach dem Frankenschock fordern sie Deregulierungen – und wollen auf diesem Altar die Frauenrechte opfern. Seit den Wahlen spielen sie Powerplay. Im Nationalrat haben sie die Revision des Gleichstellungsgesetzes gleich aus der Legislaturplanung gekippt. Mittlerweile hat der Ständerat diesen Fehlentscheid korrigiert. Die parlamentarischen Attacken zeigen jedoch, dass die abgeschlossene Vernehmlassung zur Gesetzesrevision keineswegs garantiert, dass der Bundesrat dem Parlament auch eine Botschaft vorlegt.

Wir Gewerkschaftsfrauen resignieren nicht. Wir setzen uns nun erst recht dafür ein, dass die Diskussion zu Ende geführt wird und dass wir eine Lösung für die Lohnungleichheit finden. 20 Jahre

nach Einführung des Gleichstellungsgesetzes ist es Zeit, dass dieses nun seine ganze Wirkung entfalten kann.

Ein erstes Zeichen setzen wir morgen, am 14. Juni, genau 25 Jahre nach dem Frauenstreik, mit schweizweiten Aktionen. In Bern, Basel, Zürich, Lausanne, Bellinzona und vielen weiteren Orten sind wir auf der Strasse. Die Botschaft ist klar: Lohnkontrollen – jetzt erst recht!